

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
..... der Freien Stadt Danzig .....  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsmietpreis nach bel. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3720.

Nr. 87

Freitag, den 15. April 1921

12. Jahrgang

## Der Kampf der englischen Arbeiterschaft.

### Heute Abend Beginn des Generalstreiks in England.

London, 14. April. (Reuter.) Nach zweistündiger Konferenz zwischen dem Premierminister, den Eisenbahnern sowie den Transportarbeitern erklärte Thomas, er sehe keine Aussicht für eine Wiedereröffnung der Verhandlungen.

London, 14. April. (Reuter.) Das Land ist nunmehr völlig darauf vorbereitet, den Streik der Eisenbahner und Transportarbeiter morgen ausbrechen zu sehen, da die Haltung der Bergarbeiter und Grubenbesitzer unverändert ist. Eine heute stattgefundene Besprechung zwischen den Vertretern der Eisenbahner und Transportarbeiter und Mitgliedern der Regierung zeigte, daß ihre Stellung in der Frage des nationalen Lohnes die gleiche sei wie die der Bergarbeiter. Die Besprechung führte zu keinem Ergebnis. Der Andrang von Freiwilligen dauert an. Im ganzen Lande herrscht vollständige Ruhe.

London, 14. April. (Reuter.) In einer Konferenz der General Workers Federation wurde beschließen, den Streik zu unterstützen. Aber der Vizepräsident erklärte, daß dies nicht notwendigerweise den Generalstreik bedeute.

London, 14. April. (Reuter.) Die Konferenz des Parliamentsausschusses des Gewerkschafts Kongresses, des ausführenden Ausschusses der Arbeiterpartei und der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterpartei, hat eine Entschließung angenommen, in der sie ihre Überzeugung von der Gerechtigkeit der Forderungen der Streikenden ausdrückt, dem Streik ihre Unterstützung verspricht und das Vorgehen der Regierung verurteilt. Die Konferenz hat einen Ausschuss von neun Mitgliedern ernannt, um die Entschließung in Wirksamkeit zu setzen und die Ereignisse zu beobachten.

London, 14. April. Auch die Morgenpresse gibt nicht alle Hoffnung auf eine Vermeidung des drohenden Streiks der Eisenbahner und Transportarbeiter auf. Der politische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ schreibt: Es herrsche die Ansicht, daß ein Streik des Arbeiterdreibundes nicht länger als zwei Wochen dauern könne. Demselben Blatte zufolge haben auch die Straßenbahnführer beschlossen, in den Zustand zu treten.

London, 14. April. Die Vertreter des nationalen Syndikats der irischen Dockarbeiter, das 10 000 Mitglieder hat, haben beschlossen, sich mit den Bergarbeitern solidarisch zu erklären.

London, 14. April. Die Bergwerksbesitzer haben die Vertreter der Bergleute zu einer Konferenz eingeladen, in der die Löhne der am niedrigsten bezahlten Bergleute besprochen werden sollen.

London, 15. April. (Reuter.) Heute früh verlautete, daß als Ergebnis der entschiedenen Bemühungen, die Verhandlungen wieder zu eröffnen, sich eine Abordnung von 10 Mitgliedern des Parlaments um Mitternacht zu Lloyd George nach Downing Street begab. Als die Mitglieder die Versammlung, die 50 Minuten dauerte, verließen, lehnten sie es ab, eine Erklärung zu geben, aber einige trugen sichtbare Zeichen des Vertrauens zur Schau.

London, 15. April. (Reuter.) Die Unterredung zwischen den Bergwerksbesitzern und Lloyd George in Downing Street von gestern Abend, auf die ein Angebot an die Bergleute erfolgte, ließ das Gefühl aufkommen, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten. Wie man erfährt, richtete Hodges eine Ansprache an die Anwesenden und erklärte, daß die Bergleute bereit seien, die Lohnangebote der Bergwerksbesitzer in Erwägung zu ziehen, sofern sie auf allgemeiner, nicht örtlicher Grundlage erfolgten. Diese neue Entwicklung ermutigt zu der Hoffnung, die Verhandlungen würden wieder eröffnet, aber man befürchte, daß sie zu spät kommen werden, um den Ausbruch des Streiks noch zu verhindern.

### Hardings Botschaft im Lichte der englischen Presse.

London, 14. April. Von den Morgenblättern nehmen bisher nur „Daily Chronicle“ und „Morningpost“ zu der Botschaft Hardings Stellung. „Daily Chronicle“ stellt mit Befriedigung fest, daß Harding auf der Notwendigkeit geheimer Reparationen und des Wiederaufbaues Europas besteht. „Morningpost“ schreibt: Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten entschlossen seien, dem Völkerbunde nicht beizutreten, mache es für England um so gefährlicher, im Bunde zu bleiben. Denn es werde vielleicht einst Beschlüsse des Völkerbundes unterstützen müssen, die die Vereinigten Staaten anzuerkennen sich weigern, und so könne ein Streit zwischen dem Bunde und den Vereinigten Staaten zu einem

Streite zwischen England und Amerika werden. „Morningpost“ tritt erneut für ein wirksames Bündnis zwischen England, Frankreich und Italien ein. Der Washingtoner Berichtserstatter der „Morningpost“ meldet, Harding wünsche statt des Völkerbundes eine Konferenz der Mächte in Washington.

### Amerika lehnt die Klausel des Versailler Vertrages über Danzig ab.

Paris, 14. April. Nach einer Havasmeldung aus Washington hat Senator Knox seine Resolution im Senat eingebracht. „Chicago Tribune“ stellt fest, daß der berühmte Abschnitt 5, in dem fernerzeit der Senator eine Erklärung vorschlug, daß Amerika bei einer neuen Bedrohung des Weltfriedens genau so handeln würde, wie im letzten Kriege, auf Ersuchen des Präsidenten Harding nicht mehr angehängt wurde.

Paris, 14. April. Stephane Bauzanne meldet dem „Matin“ aus New York: Der Senat werde die Resolution Knox annehmen. Aber die Abstimmung hätte nur einen indikativen (anzeigenden) Wert. Die Regierung werde sich bemühen, die Teile des Versailler Vertrages auszuhebeln, die den Wünschen Amerikas entsprechen, aber die zu heftigen, denen Amerika nicht zustimmen könne, nämlich die Klauseln über das internationale Arbeitsamt, über Schantung, alle Grenzfestsetzungen in Mitteleuropa, die Klauseln über Danzig und das Saargebiet, sowie alle Klauseln über den Völkerbund. Bauzanne meint, vielleicht werde die Klausel über die Reparationen bestehen bleiben.

### Das Reparationsproblem.

Berlin, 15. April. Das Reichskabinett beschästigte sich gestern erneut mit der Wiederherstellungsfrage. Die Beratungen waren streng vertraulich. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages Dr. Stresemann konferierte gestern mit Reichsminister Dr. Simons. Die Blätter hoffen, daß Dr. Simons Anfang nächster Woche dem Auschuß Mitteilung über ein neues deutsches Angebot in der Reparationsfrage werde machen können.

London, 14. April. (Reuter.) Lloyd George teilte im Unterhause mit, daß keine Abkommen mit Frankreich über Sanktionen getroffen worden seien für den Fall, daß Deutschland bis zum 1. Mai seine Verbindlichkeiten nicht erfüllen sollte.

Paris, 14. April. In der heutigen Kammer Sitzung erklärte der frühere Handelsminister Jaak: Es könne nicht davon die Rede sein, allen Kunden Deutschlands eine Sondersteuer auf von Deutschland importierte Waren aufzuzwingen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika würden Einwendungen erheben, und selbst Italien scheint es nicht eilig zu haben, ein ähnliches Gesetz wie das vorliegende anzunehmen. Er schlägt den 1. Mai für den Zeitpunkt des Inkrafttretens vor, weil an diesem Tage sich Ereignisse vollziehen müßten, die Aufklärungen über die Zukunft geben.

Prag, 14. April. Im Abgeordnetenhauptauschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte Minister Dr. Benesch, daß in der Frage der Beteiligung der Tschechoslowakei an den Sanktionen gegenüber Deutschland sowohl die politischen als die wirtschaftlichen Interessen der Republik gewahrt werden müßten. Die Regierung prüfe in diesem Sinne die Angelegenheit und werde sie der Entscheidung des Parlaments vorlegen. Der Antrag eines Abgeordneten, den Minister aufzufordern, die Teilnahme an den Sanktionen abzulehnen, wurde mit 12 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Paris, 14. April. Wie Bertinag im „Echo de Paris“ mitteilt, werde der Betrag, den die Reparationskommission in einigen Tagen über die gesamten Verpflichtungen Deutschlands festsetzen werde, zwischen 130 bis 150 Milliarden Goldmark schwanken.

### Stegerwalds Mission gescheitert.

Nach den gestrigen interfraktionellen Besprechungen betrachten die Blätter die Bildung eines Koalitionskabinetts in Preußen als gescheitert und sehen nur noch in einem unpolitischen Übergangsministerium eine Lösung der Frage.

### Die Aufteilung Oberschlesiens.

Das „Berliner Tageblatt“ glaubt zu der bestimmten Annahme Grund zu haben, daß gegenüber dem französischen polnischen Plan, der die Abtretung des ganzen oberschlesischen Industriegebiets an Polen fordert, von englischer Seite der Standpunkt vertreten würde, daß ungefähr die Kreise Pleß und Rybnitz den Polen zugesprochen werden sollen.

## Der Weg zur deutsch-französischen Verständigung.

Ueber die Bedeutung der Drohselbzeuges, den die französische Regierung mit Unterstützung fast der ganzen französischen Presse gegen Deutschland unternommen hat, gehen die Meinungen einigermaßen auseinander. Es gibt Realisten, die sich auf die bisherige Erfahrung berufen, daß alle deutschen Hoffnungen auf irgendwelche Unterstützung von außen noch stets getrogen hätten, und die versichern, daß Deutschland nach dem 1. Mai schwere Lagen von Seiten Frankreichs zu erwarten habe, wenn es nicht noch fünf Minuten vor Zwölfs gelinge, zu einer Verständigung zu kommen. Ihnen gegenüber muß aber doch betont werden, daß Frankreich, falls es seine Drohungen verwirklichen will, vor Entschlüssen steht, die kein Staat so leicht faßt.

In allen Ankündigungen neuer Gewaltmaßnahmen und in allen Diskussionen über sie ist bisher die entscheidende Frage offen geblieben, ob diese Gewaltmaßnahmen von der Entente beschlossen und ausgeführt werden sollen oder von Frankreich allein. Nach dem Vertrag von Versailles ist Frankreich zu einem selbständigen Vorgehen gegen Deutschland überhaupt nicht berechtigt; es ist stets bei allem, was es unternimmt, an die Zustimmung seiner Verbündeten gebunden. Der mächtigste dieser Verbündeten ist England, und es heißt nun, daß England den Franzosen für gewisse Zugeständnisse im Orient freie Hand in Deutschland gelassen hätte. Das Bestehen eines solchen Abkommens bleibt solange unwahrscheinlich, als nicht bündige Beweise dafür vorliegen. Deutschland ist keine Puppe, die man im Handumdrehen verkehrt. Die mitteleuropäische Politik und Wirtschaft sind für England viel zu wichtig, als daß es sich auf die Dauer in die Rolle eines französischen Vasallen finden könnte.

Neben England sind aber auch noch die andern Entente Staaten da, und es ist kein Geheimnis, daß diese nur mit Hängen und Würgen dazu gebracht werden konnten, die in London beschlossenen Sanktionen zu billigen. Schritte, die weit darüber hinaus gehen, würden bei den kleineren Entente Staaten die heftigste Mißstimmung hervorrufen, und auch das ist ein Faktor, den die französische Politik kaum ganz übersehen kann.

Nun hat der deutsche Außenminister Dr. Simons ein neues deutsches Angebot in Aussicht gestellt, das auf der Linie zur Verständigung liegen und die Ausführung der französischen Drohungen überflüssig machen soll. Die Pariser Nationalistenpresse erklärt aber jetzt schon, daraus würde nichts werden. Deutschland werde mit neuen Ausflüchten doch um die neuen Strafmaßnahmen nicht herumkommen. Man kann zweifelhaft sein, ob aus diesen Stimmen nur die militaristische Hiere spricht, die nach immer neuen Siegen über einen entwaffneten Gegner dürstet, oder ob ihnen die politische Berechnung zugrunde liegt, daß für die späteren Verhandlungen durch die Methode der Einschüchterung ein noch günstiger Boden für Frankreich geschaffen werden könne.

Nachdem der Minister Dr. Simons ein neues deutsches Angebot in Aussicht gestellt hat, muß im Sinne dieser Ankündigung rasch gehandelt werden. Es wird allerdings jetzt, nach der Rückkehr des Ministers, von amtlicher Seite festgestellt, daß in dem „Matin“-Interview mehrere Äußerungen entstellte wiedergegeben seien, aber gerade die Stelle, die von dem neuen Angebot handelt, ist, wie wenigstens die „Vossische Zeitung“ erklärt, richtig. Nebenbei wird man die Bemerkung nicht unterdrücken können, daß es sehr interessant ist, wenn Äußerungen des Ministers Dr. Simons in der ausländischen Presse so oft entstellte wiedergegeben werden. Durch eine solche entstellte Wiedergabe kann unermesslicher Schaden angerichtet werden, und darum hat der Minister die Pflicht, sich den Wortlaut des „Interview“, so wie es gedruckt werden soll, erst vorlegen zu lassen, bevor er die Genehmigung zur Veröffentlichung erteilt. Eine solche Vorlegung ist im journalistischen Brauche durchaus üblich, und es ist in höchstem Maße erstaunlich, daß Herr Simons immer wieder auf diese Vorsichtsmaßregel verzichtet, obwohl er längst durch seine Erfahrungen eines Besseren hätte belehrt sein können.

Wie gesagt, nachdem das neue Angebot angekündigt ist, muß es so schnell wie möglich heraus, und es muß so beschaffen sein, daß Frankreich dadurch vor die Wahl gestellt wird, es entweder anzunehmen, oder aber sich vor aller Welt in das schwerste Unrecht zu setzen. Es ist ganz unsinnig, wenn Leute, denen die Ankündigung des Dr. Simons unangenehm ist, von einer Rekonstruktion der Reichsregierung und der Ausschiffung des Dr. Simons sprechen. Ein solcher Vorgang würde in der ganzen Welt dahin gedeutet werden, daß Deutschland zahlungsunwillig ist, und die französischen Militärs hätten dann das Spiel beinahe schon gewonnen. Um es noch zu durchkreuzen, müßte die neue deutsche Regierung in ihren Angeboten an Frankreich vielleicht noch viel weiter gehen, als die gegenwärtige.

Die Frage, ob Deutschland unter dem Druck der französischen Drohung ein neues Angebot machen sollte, steht jetzt nicht zur Erörterung. Solange sie noch zur Erörterung stand, kam es darauf an, wie man die Schwere jener Drohungen einschätzte. Wenn Dr. Simons glaubte, mit der Ankündigung eines neuen Angebots herauskommen zu müssen, so tat er es jedenfalls in der Überzeugung, daß die Drohungen sehr ernst zu nehmen seien. Jetzt ist die Frage entfallen, und es gibt auf keinen Fall ein Zurück. Das deutsche Angebot muß so schnell wie möglich heraus, und es muß durch Klarheit und Ehrlichkeit in der ganzen Welt für Deutschland propagandistisch wirken. Das ist die Aufgabe, vor deren Lösung das Auswärtige Amt und das Reichskabinett jetzt stehen.

## Der neue Kampf um Oberschlesien beginnt!

Aus sachverständigen Kreisen wird uns zu den ober-schlesischen Problemen und insbesondere der neuen deutschen Note an die Alliierten folgendes geschrieben:

Der deutsche Abstimmungsstempel vorausgegangen war, bedeutet noch keine Entscheidung über Oberschlesiens Zukunft. Jetzt beginnt erst der eigentliche Kampf, die diplomatische Auseinandersetzung über die künftige Staatszugehörigkeit dieses Landes, das seit Jahrhunderten ohne jeden Zusammenhang mit Polen bestanden hat und seine wirtschaftliche Blüte der engen Verbindung mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet dankt. In diesen Entscheidungskampf greift die Note der deutschen Regierung ein. Sie stellt den formellen Antrag, daß Oberschlesien ungeachtet bei Deutschland verbleiben soll.

Das Material, das dem Obersten Rate für seine Entscheidung von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt worden ist und dieser Note beiliegt, ist ungeheuer reichhaltig. Die Dokumente über den polnischen Terror und über die polnische Wahlbeeinflussung, über die wir seinerzeit berichtet, umfassen allein einen dicken Druckband. Ferner sind der Note beigelegt: eine Karte des ober-schlesischen und polnischen Kohlenvorkommens sowie Gutachten über die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens und über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oberschlesien und Deutschland. Wohl am durchschlagendsten ist die einfache Beweisführung, die die Karte des ober-schlesisch-polnischen Kohlengebietes für Oberschlesiens Zugehörigkeit beim Reiche erbringt. Aus ihr geht hervor, daß von den großen Kohlenbecken 51,76 Prozent zu Polen, 32,94 Prozent zu Preußen und 15,3 Prozent zur Tschechoslowakei gehören. Das ist der heutige Bestand. Polen hat danach mehr als die Hälfte der Kohlenfelder, die schon in eigener Gebiets-haft, Preußen-Oberschlesien dagegen kaum ein Drittel. Betrachtet man jedoch die Anzahl der Bohrungen und der Bergwerke, so sieht man, daß der polnische Besitz ebenso wie ein großer Teil der jetzt noch strittigen Gebiete Vieh und Ackerbau, in denen eine polnische Mehrheit zustande kam, noch wirtschaftlich ein Neuland ist. Diese Tatsache allein beleuchtet schlagend die wirtschaftlichen Folgen einer Abtrennung Oberschlesiens. Polen erhielte mit Oberschlesien ein Gebiet, das es der Mühe eines Aufschlusses der eigenen Bodenschätze entbehrt. Es bekäme ein fertig aufgebautes Industrieland, für dessen Waren es gar nicht ausnahmefähig ist. Aber auch wenn es die durch die Abstimmung vielleicht stillig gewordenen Teile Oberschlesiens zugeteilt erhielte, wäre ihm nicht geholfen; erhielte es doch zu seinen un-be-rückten Bodenschätzen neues jungfräuliches Land.

Das sind freilich Konstanten, von denen der Friedensvertrag nicht weicht. Der Friedensvertrag aber sollte, wenn man den beschwerenden Normen der Entente-Politik auch nur die Spur von Glauben beilegt, die jede große, innerlich noch so unabherrschte Welt für sich in Anspruch nimmt, ein Instrument zum Aufbau der Welt sein. Ist er das, so kann er unmöglich das Werkzeug sein, um eines der höchst entwickelten Industriegebiete der zentralen Europa in seiner ferneren Ausnutzung für Jahrzehnte auf das schwerste zu schädigen, und nicht zu vernichten. Polen hat trotz seines jenseitigen Bestehens ja bereits eine gewisse Tradition. Und man kann noch so eifrig bemüht sein, etwas Besseres an ihr herauszufinden, immer stellt sich die Entwicklung so dar, daß das Entente-Polen jede Möglichkeit des wirtschaftlichen Aufbaues zugunsten seiner imperialistischen Bestrebungen, des Kriege gegen Sowjet-Rußland und der bevorstehenden Aktion zur Bekämpfung Polens und Westpreußens preisgegeben, seine Karte in Grund und Boden amirakelhaft und dann an fremdes Kapital verkauft hat. Vielleicht — und viele Gründe sprechen stark für diese Annahme — ist das Frankreich, das berufsmäßigen Bankiers Europas, Absicht. Dann aber wäre der junge Friedensvertrag nicht nur ein kapitalistisches Geistesprodukt — mehr als das: es würde das Schibboleth für die Interessengruppen der kapitalistischen Weltwirtschaft, und jede andere Deutung wäre nichts als eine Farce.

## Eine neue polnische Aktion in der ober-schlesischen Frage.

D. E. Als Ergebnis der Besprechungen, die die polnische Regierung unter Teilnahme Koronjaks mit den Vertretern der Sejmgruppen über die ober-schlesische Frage abgehalten hat, ist die Einberufung von besonderen Delegationen nach Paris, London und Rom beschlossen worden, die für den Standpunkt der polnischen Regierung in den dortigen Regierungs- und Parlamentaristreffen werben sollen. Den Delegationen gehören Vertreter der Sejmparteien an, darunter die Führer der polnischen sozialistischen Partei Sierman und Diamond und Vertreter der ober-schlesischen polnischen Arbeiterpartei. Koronjak, der bereits mit Vertretern der polnischen Regierung nach Paris abgereist ist, wird der Pariser Delegation angehören.

## Die Funktionen der außerordentlichen Kriegsgerichte in Oberschlesien.

Kattowitz, 13. April. Um der Verbreitung solcher Nachrichten ein Ende zu machen und um die öffentliche Sicherheit

und Ordnung zu wahren, verfügt General Decomte Denis, Kommandierender General der im Belagerungszustand befindlichen Gebiete Oberschlesiens, folgendes: Jede Person, die falsche Nachrichten schriftlich oder mündlich verbreitet, wird vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt. Jeder Beamte oder Angestellte öffentlicher Verwaltungen oder Schutzkräfte, einbezogen alle Vollziehungsorgane, welcher seinen Posten verläßt, wird verhaftet und vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt.

## Die waffenstarrende bayrische Reaktion.

München, 13. April. Im Finanzausschuß des bayerischen Landtages wurde heute die Einwohnerwehrdebatte fortgesetzt. Staatssekretär Dr. Schwenner stellte fest: Die gegenwärtige Stärke der Einwohnerwehr betrage 320 000 Mann, falls mehr als das Dreifache der gesamten Stärke der Reichswehr. An Waffen seien vorhanden: 240 000 Gewehre und Karabiner, 2780 Maschinengewehre, 44 leichte Geschütze und 24 leichte Minenwerfer. Diese Bewaffnung der Einwohnerwehr, die übrigens vorläufigsmäßig angemeldet sei, bedeute sicherlich keine politische Gefahr. (H) Eine Verwendung außerhalb des Landes sei ausgeschlossen. Die Notwehrmaßnahme der Einwohnerwehr sei hinlänglich, sobald die staatlichen Sicherheitseinrichtungen soweit gestärkt seien, daß sie als einheitlich erscheinen könne. (H) Niemals. (H) In der Debatte polemisierte ein sozialdemokratischer Abgeordneter gegen die Einwohnerwehr als einseitige Kampforganisation und gegen die Politik der bayerischen Regierung, deren Folgen seine Partei ablehnen müsse, während die bürgerlichen Abgeordneten den Standpunkt vertraten, daß die Einwohnerwehr erhalten bleiben müsse. (So sieht also die Durchführung des Entwaffnungsgesetzes in Bayern aus. D. Red.)

## Eine Denkschrift über die Märzunruhen.

Berlin, 13. April. Anlässlich der Verhandlungen im preussischen Landtage über die Märzunruhen in Mitteldeutschland ist von dem preussischen Ministerium des Innern eine Denkschrift mit einem Beistat fertiggestellt worden. Sie wird eingeleitet durch einen Überblick über die Rechtsstellung und Organisation der Schutzpolizei. Es folgt die ausführliche Erörterung der Maßnahmen der Staatsregierung zur Verhinderung jeder Aufstandsbewegung. Der Hauptteil enthält die Darstellung der Bekämpfung des Aufstands. Anschließend folgt eine Zusammenfassung von Erfahrungen und Bemerkungen, zu denen die Unruhen Anlaß gaben. Besonders werden damit die Gesichtspunkte erörtert, die für den Einsatz der Schutzpolizeikräfte sowie für die Zurückhaltung der Reichswehr maßgebend waren. Leider haben die Kämpfe erneut bewiesen, daß die Bewaffnung der Schutzpolizei völlig unzureichend ist, da die Aufständischen mit Maschinengewehren, Karabinern usw. weit besser ausgerüstet waren. Ein Beistat schildert die Entwicklung von der Schutzmannschaft zur Schutzpolizei. Ein Absatz über den Ausbau der ausländischen Polizei beweist, wie im Ausland, besonders in Frankreich und England, Italien usw. die Militärpolizei herrscht und zum weiteren Ausbau gelangt. Die Denkschrift gibt der Hoffnung Ausdruck, daß diese Nachweise in Verbindung mit den Erfahrungen der Märzunruhen die Entente veranlassen, von weiteren Beanspruchungen der deutschen Polizei abzusehen. — Tatsächlich hat das preussische Ministerium des Innern bis an die Grenze des Möglichen alles darauf bezüglichen Forderungen der internationalen Militärkommission Rechnung getragen. Organisationsänderungen darüber hinaus würden Staat und Reich gefährden, zumal für die Verhinderung künftiger Aufstandsbewegungen Vorkehrungen zu treffen ist. Die Arbeit läßt den ungeheuren Ernst der Polizeifrage für die weitere Zukunft von Staat und Reich erkennen.

## Wie die Alliierten die Pressefreiheit auffassen.

Blättermeldungen aus Deutchen zufolge, hat die internationale Kommission in Oppeln auf das Vratschreiben des Verbandes der ober-schlesischen Presse gegen die Verurteilung von vier ober-schlesischen Redakteuren geantwortet, daß das Urteil von einem Justizorgan herrühre, das als entschieden unbefangener anzusehen sei, als die protestierenden Pressevertreter und dementsprechend auch größeren Glauben verdient. Gegen das Urteil des besonderen Gerichtshofes sei eine Revision nicht zulässig.

## Die internationale Kredithilfe für Österreich.

Genf, 12. April. In der Antwort der Finanzkommission des Völkerbundes auf das von Frankreich, England, Italien und Japan an sie gestellte Ersuchen, Maßnahmen zur Wiederherstellung des Kredites Österreichs zu ergreifen, heißt es, daß eine Anzahl von Bedingungen erfüllt sein müsse, bevor Maßnahmen zur Wiederherstellung des österreichischen Kredites getroffen werden könnten. Dazu gehöre der Beschluß der alliierten Regierungen, für einen noch festzusetzenden Zeitraum auf die Privilegien zu verzichten, die sie aus dem Vertrage von Saint-Germain oder auf Grund der Verpflichtungen genießen, die anlässlich der früher Österreich gewährten Hilfskredite eingegangen werden mußten. Damit dieser Beschluß in Kraft treten könne, wäre zu wünschen, daß die auf der Konferenz von London nicht vertretenen Regierungen binnen kürzester Frist einen ähnlichen Entschluß fassen. Der Zeitraum, für den die Rechte der Alliierten aufgehoben sind, sollte nicht weniger als 20 Jahre betragen. Ferner sollten die Anleihen und Kredite jeder Art, die mit Zustimmung des Finanzkomitees innerhalb der ersten fünf Jahre aufgenommen werden, in Bezug auf ihre Verzinsung während des Zeitraumes bis zu ihrer vollständigen Amortisierung, auch wenn er länger als 20 Jahre dauern würde, gegenüber den ausstehenden Krediten und Privilegien ein unbefristetes Moratorium genießen. Die Kommission spricht sodann die Überzeugung aus, daß die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in Österreich in weitgehendem Maße von der freien Ausübung seines Außenhandels abhängt, woran die

österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten selbst Nutzen ziehen würden, und betont die Wichtigkeit einer möglichst baldigen Regelung der Aufteilung der Schulden der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie. Bei der Liquidation der österreichisch-ungarischen Bank sollte Österreich einen gerechten Anteil an den Mitteln erhalten, wodurch die Reorganisation seiner Emissionsbank erleichtert würde.

Die Finanzkommission nimmt davon Kenntnis, daß die österreichische Regierung nach der Vöndoner Erklärung für Österreich die Anwendung des Systems der internationalen Kredite wünscht, das vom Vösterbund angenommen wurde, und daß sie bereit ist, ihm die Verwaltung der zur Tilgung der Anleihen und Kredite dienenden Einkünfte zu übergeben. Die Aufnahme einer auswärtigen Anleihe oder die Anwendung des Kreditystems des Vösterbundes sei aber unmöglich, solange die österreichische Regierung nicht selbst bereit sei, dringliche Maßnahmen zur Gesundung ihres Finanzwesens zu ergreifen. Dazu gehöre in erster Linie die Aufnahme einer inneren Anleihe durch Subskription, wodurch das Defizit im Staatshaushalt gedeckt und ermäßigt würde, die Ausgabe von Papiergeld einschränkt, ferner die baldmöglichste Herabsetzung der Ausgaben, insbesondere derjenigen für Unterstützungsgelder und Personal.

## Zurückkehrende Habsburger werden eingesperrt

Wien, 13. April. Auf den sozialdemokratischen Antrag betreffend die strafrechtlichen Bestimmungen im Gesetz über die Landesverweisung der Habsburger beschloß der Verfassungsausschuß eine Novelle zum allgemeinen Strafgesetz, wonach die Rückkehr eines durch Bundesverfassungsgesetz aus dem Gebiet der Republik Österreich Landesverwiesenen als Verbrechen mit schwerem Kerker von fünf Jahren bestraft wird.

## Eine Rundgebung des englischen Arbeiterdreibundes.

London, 12. April. Der Arbeiterdreibund veröffentlicht eine Rundgebung, in der es heißt: Wenn den Bergarbeitern nicht ein Angebot gemacht wird, dessen Annahme ihre Verbündeten im Arbeiterdreibund ihnen anempfehlen können, wird die Einstellung der Arbeit der Eisenbahner und Transportarbeiter beginnen. Die Verantwortung der Regierung für die augenblickliche Lage sei sogar größer als die der Bergwerksbesitzer. Der Premierminister habe die organisierte Arbeiterkraft angeklagt, daß sie das Leben der Nation bedrohe. Wenn das Leben der Nation bedroht sei, so sei es das nicht durch die Arbeiterkraft, sondern durch Lloyd George und durch die Regierung, deren Haupt er sei. Die Arbeiterkraft werde zu der Auffassung gebracht, daß die augenblickliche Regierung kein unparteilicher Schiedsrichter in industriellen Verhandlungen sei, sondern ein aktiver und geheimer Parteigänger und daß sie, während sie vom Frieden rede, durch ihr Verhalten zum Krieg ermutige. Außer der Einberufung der Reserven habe die Regierung noch eine freiwillige Streikkraft gebildet als Werkzeug, das gegen die organisierte Arbeiterkraft angewandt werden solle. Dadurch habe sie eine ernste Verantwortung auf sich genommen, Blutvergießen und Bürgerkrieg herauszufordern.

Die Rundgebung schließt, im Hinblick auf die Umstände der augenblicklichen Krise und auf die deutlich berechnete und dauernde Feindschaft der Regierung gegen die Arbeiterklasse, die durch diese Tatsachen bewiesen werde, habe der Arbeiterdreibund, der noch immer einen gerechten Frieden wünsche, beschloßen, sein ganzes Gewicht auf Seiten der Bergarbeiter zu werfen.

## Die Bauernbewegung in Zentralrußland.

D. E. Die Bauernbewegung in Zentralrußland unter Führung Antonows hat sich, nach einer Meldung der Moskauer „Iswestija“, über die Gouvernements Tambow, Saratow, Woroneß und Orel ausgebreitet. Die örtlichen Bauernkomitees organisieren Partisanenabteilungen nach dem Muster der Esharen Nachnos. In ihrem Programm versprechen die Aufständischen die Wiedereinsetzung des Privateigentums und eine teilweise Denationalisierung der Industrie, was die „Iswestija“ als gleichbedeutend mit der Rückkehr der russischen Kapitalisten bezeichnen, während die Sowjetregierung sich nur auf die Heranziehung der ausländischen Kapitalisten beschränke (1). Die Aufständischen beabsichtigen, wie das Blatt mitteilt, nach dem Sturze der Kommunisten ihre Partisanentruppen zu Zwecken des Sicherheitsdienstes aufrechtzuerhalten. Die „Iswestija“ erklärt die Aufständischen für ein Werk der Sozialrevolutionäre, das auf Einberufung einer Konstituante ausgehe, obwohl Antonow vorläufig nur von der Einsetzung lokaler Verwaltungsorgane spreche. Der an der Spitze der Bewegung stehende „Bund der merkwürdigen Bauernschaft“ hat tatsächlich die Parole der Konstituante auf sein Programm gesetzt. Gegen die Aufständischen sollen etwa 100 000 Rotarmisten zusammengezogen worden sein. In zahlreichen Landgemeinden des Tambowschen Gouvernements herrscht völlige Anarchie. Die Moskauer „Pravda“ bemerkt hierzu, daß die Anarchisten nunmehr ihr Haupt erhoben haben unter Ausnutzung der nach Niederwerfung des Kronstädter Aufstandes unter den Arbeitern und Bauern andauernden Gärung. Die Aufständischen lehnen die zentralistische Politik der Kommunisten ab.

## Trübe Aussichten in Rußland.

N. P. M. Reval, 10. April. Nach den hier eingegangenen Nachrichten wird von den Moskauer leitenden Kreisen mit der Verschärfung der Brennstoffkrise für den Monat Mai gerechnet. Man sieht sich in Moskau gezwungen, qualifizierte Arbeiter zur Beschaffung der Heizmaterialien heranzuziehen, was eine Stilllegung wichtiger Betriebe und eine weitere Verschärfung der ohnehin bestehenden Transportkrise wahrscheinlich macht. In Sachverständigenkreisen wird ferner eine Trockenperiode in deren Folge Missernte befürchtet.

## Das Elend der Arbeitslosen.

### 32. Vollziehung des Volkstages.

Donnerstag, den 14. April 1921.

Die gegen 8 Uhr eröffnete Sitzung tritt zunächst in die Beratung und Beschlussfassung über 27 Eingaben

ein. Diese werden fast ausschließlich widerspruchlos im Sinne der Ausschussbeschlüsse verabschiedet. Bei der Eingabe Nr. 170, die das Gesuch einer Strafgefangenen um den Erlass des Restes ihrer Strafe im Gnadenwege enthält, ertönt Genosse Kreginski die traurigen Reglementsregeln des aus Not und Verzweiflung begangenen Eigentumsvergehens. Er tritt anstatt für die Zurückweisung dieser Eingabe aus rein formalen Gründen warum für die Berücksichtigung des Gesuchs ein. Abg. Sumke (Dnall.) weist demgegenüber auf den noch nicht erschöpften Instanzenweg hin und läge das Gnadenrecht auch in den Händen des Senats. Er plädiert daher für die Zurückweisung, es wird dann auch so beschlossen.

Die Eingabe aus Aitkau betr. Erklärung, daß der Milchpreis von 80 Pfa. für die Viehher zu niedrig sei, wird zurückgewiesen, obwohl die Deutschnationalen noch darauf abgezielt hatten, die Ueberweisung dieser Eingabe an den Senat als Material zu erreichen.

Bei der Eingabe des Verbandes der Lehrerinnen betr. Berücksichtigung der Lehrerinnen bei Besetzung leitender Stellen an den Hochschulen bezw. Beigabe als Material, wo männliche Leiter vorhanden sind, ertönt Abg. v. Morstein, statt Ueberweisung als Material, dem Senat die Berücksichtigung der Eingabe zu empfehlen.

Genosse Behr tritt ebenfalls für einen Beschluß auf Berücksichtigung der Eingabe ein. Im Unterrichtsausschuß mußte das Verlangen der Lehrerinnen infolge eines unklaren mündlichen Beschlusses als unbedeutend erscheinen und wurde daher nur der Beschluß auf Ueberweisung als Material gefaßt. Die Gleichberechtigung der Lehrerinnen muß anerkannt werden. Die Beratung männlicher Schulleiter durch Lehrerinnen soll nur so lange eine Uebergangsmaßnahme darstellen, bis die Gleichberechtigung durchgeführt ist. Wir stimmen daher für Berücksichtigung. (In der bürgerlichen Presse war den sozialdemokratischen Vertretern im Unterrichtsausschuß wegen ihrer Stellungnahme auf Ueberweisung dieser Eingabe als Material mehrfach ein Vorwurf gemacht. Daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, ihre grundsätzliche Anerkennung der Gleichberechtigung der Frau aufzugeben, braucht demgegenüber kaum betont zu werden. Die Ausführungen des Gen. Behr gestärken jede Regendenbildung und erklären den Gehörgang der Dinge.)

Mit 44 gegen 39 Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen wird darauf die Ueberweisung der Eingabe an den Senat zur Berücksichtigung beschlossen.

Das Haus tritt dann ein in die 2. Beratung der Anträge auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe an Erwerbslose.

Wir haben über den Ausgang der Ausschussberatung, bei der die Anträge der Linken von den Bürgerlichen abgelehnt wurden und diese einen gemeinsamen Entwurf mit bedeutenden Verbesserungen und Streichungen beschlossen, bereits ausführlich berichtet.

Abg. Gebauer (N. S. P.) tritt für Wiederherstellung der Punkte 1—3 (die höheren Sätze der einmaligen Zuwendung an Erwerbslose, deren Frauen und Kinder) ein und plädiert ferner für eine Erhöhung der laufenden Unterstützung entsprechend der Preissteigerung.

Abg. Söder (Dnall.) illustriert das „soziale Empfinden“ seiner Partei, indem er sich für die Ablehnung der weitergehenden Anträge einsetzt, da die dafür notwendigen 42 Millionen nicht vorhanden seien!

### Der Sternsteinhof.

Eine Fortsetzung von Ludwig Angenruber.

(Fortsetzung.)

„Wäre nit unmöglich.“ — nicht die Wagner. — „die Tirm is mit nit so gut für so Prastiken und ihr Mutter weis wohl auch dazu Rat, die schaut nit umsonst auß, wie wann sie auf dem Beien reiten könnte, aber was halt es, wann merz gleich zu beweisen vermöchte, wo sie heulten in den Gerichten nit mehr darauf glauben!“ Zephert schüttelte freudig den Kopf: nicht über den Unglauben der Gerichte, sondern weil sie bedauerte, daß bei der Gottlosigkeit so wirksamer „Prastiken“ eine brave Tirm an deren Anwendung gar nicht denken dürfte.

„Ich sage dir, Wagnerin.“ fuhr die Alcebinde eifrig fort, „ich werde noch krank vor Hunger. Neben freien Augenblick, den sie haben, stecken sie vor einander und wann sie keinen haben, so machen sie sich ein. Ginge eins verloren, wäre nur die Möglichkeit, daß mer es mit einem ordern zutunm fand; aber dafür niemals eine, daß du sie anders anders bröckst! Und bei alle dem Getue und Getreibe, wo sie sich so launig aus den Augen kommen, begreife ich nit, warum sie den Tag damit gar nit erwarten können, wo es zur Kirche geht.“

„Wann soll denn die Hochzeit schon sein?“

„Nach ihren Reden, heute über vierzehn Tagen.“

„Das geht ja nit. Wo bleib denn da das kirchliche Antzacht von der Kanzel, drei Sonntage hintereinander?“

„Sie lassen sich ein für alle Mal verloben.“

„Das geht ja nit.“

„Aber mit dem Tirmen.“

„Mit dem Tirmen? Ah, freilich wohl! Schon mer muß sich nur zu helfen wissen. Ehender hat man gesagt, es ginge was so schnell wie mit der Post, neuzelt mag mer wohl sagen, wie mit der Eisenbahn. Häh!“

„Meine liebe Wagnerin, ein Fremdes hat da leicht lachen. Du hebst eben nit in meiner Haut und weis nit, wie mir is. Danke du Gott dafür!“

„Meine liebe Alcebinde, sei nit hart, ich habe ja nit über dich gelaht, sondern über die.“

„Stand dirz, stand dirz jahn. Ich bleib doch auch kein Anlaß dazu, hilt, wo ich mein einzig Kind von mir abwendet und ich mir fremd wie eine Unterthan: suchen muß.“

„Aber, Alcebindein —“

#### Genosse Kreginski:

Meine Partei steht auf dem Boden der ursprünglichen Fassung des Antrages. Wer lassen uns durch die Berechnung des Senats, die er in Höhe von 42 Millionen aufgestellt hat, in keiner Weise irreführen. Wir sagen, die Fürsorge für das arbeitende Volk und die arbeitslosen Kreise des ganzen Volkes muß so aufgebaut werden, daß das Wohl des Staatswesens nicht erschüttert wird. Wir erklären auch in der Annahme des Antrages nur eine gewisse Prämie, die die Sicherheit derer von Besitz und Bildung verbürgt. Seit mehr denn zwei Jahren lastet das Gespenst der Arbeitslosigkeit auf weite Kreise der Danziger Bevölkerung, seit mehr denn zwei Jahren ist für diese Kreise äußerst wenig getan worden. Die Arbeitslosen, ihre Familien und ihre Kinder sind bis auf das letzte mit ihrer Kleidung heruntergekommen. Der größte Teil dieser Familienmitglieder läßt sich auf der Straße nicht mehr blicken, niemand bekommt sie zu Gesicht, weil sie so heruntergekommen sind, daß es ihnen nicht mehr möglich ist, und weil ein großer Teil dieser armen bedauernswerten Staatsbürger unter den heutigen Verhältnissen bemüht ist, aus Schamgefühl ihre erbärmliche Blöße vor den Augen der Mitmenschen zu verbergen. Der Reichtum steht nicht, wie sich die Geschichte Danzigs in den letzten Jahren abgespielt hat, zum größten Teil verfliehet er sich dieser Erkenntnis, und er fühlt nicht die Not, wie sie hier in Erscheinung tritt. Wenn hier gesagt wird, die Durchführung dieser Anträge kostet 42 Millionen, so werfe ich in diesem Zusammenhang die Frage auf, warum man nicht Vorläufe getroffen hat, Mittel und Wege zu ergreifen, um der Arbeitslosigkeit zu steuern? Davon ist von den bürgerlichen Parteien nichts geschehen. Die Zeit ist noch nicht lange her, daß wir angesichts der Tatsachen erkannten, daß wir bestrebt sein müßten, neue Mittel, neue Quellen zu erschließen zur Erfüllung der notwendigen Aufgaben. Offensichtlich wurde damals erklärt, wir brauchen diese Wege nicht, die kommende Steuererhebung wird uns die Möglichkeit geben, alles zu erfüllen, was für Danzig notwendig ist. Heute hören wir, daß zur Lösung der Not der Arbeitslosen, eines großen Teiles der Danziger Bevölkerung, die Mittel nicht in dem Maße vorhanden sind, oder nicht bereitgestellt werden können. Ich lege Ihnen allen Ernstes die Frage vor: Was soll aus dieser ganzen Arbeitslosenmisere, aus dieser sich täglich, stündlich ansammelnden Not, diesem Elend werden? Sind Sie der Meinung, daß die Arbeitslosen mit ihren Frauen und Kindern, die mit ihren Eltern, die sie zum Teil ernähren müssen, ebenfalls Leid ertragen müssen, dauernd ruhig bleiben werden und können? Es ist eine Frage von weitgehender Bedeutung, die ich damit aufwerfe.

#### Berücksichtigen Sie sich nicht des Ernstes der Stunde.

Gehen Sie in sich und erkennen Sie die Notwendigkeit einer weit- aus besserer Fürsorge der Arbeitslosen, ihrer Kinder, Frauen und Eltern an! Wenn Sie dieses nicht wollen, dann gehen wir in der Entwicklung unserer Danziger Staatswesens einer traurigen Zukunft entgegen. (Sehr richtig! links.) Unsere Arbeitslosen in Danzig sind erfreulicherweise nicht solche Menschen, die von Almosen leben wollen. Tag für Tag, Monat für Monat laufen sie herum, um sich Arbeit zu besorgen, damit sie auf ehrliche Art und Weise für sich und ihre Familien eine auskömmliche Existenz schaffen können. Es gelingt nicht! Mit trauerndem Herzen kommen sie Tag für Tag, Woche für Woche resigniert bis aufs Letzte, der Verzweiflung nahe. Die bürgerliche Gesellschaft in Danzig tanzt auf einem Vulkan. Es geht nicht an, daß man die Sache so weiter treiben läßt, es muß etwas Wahnbrechendes geschehen auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge. Es muß in weitumfassender Weise für die Arbeitslosen gesorgt werden, statt, wie es im Antrag der bürgerlichen Parteien des Sozialen Ausschusses zum Ausdruck kommt. Wir haben versucht, den Sozialen Ausschuss darauf aufmerksam zu machen, was zu tun notwendig ist. Wir haben versucht, wenigstens einzelne Punkte, die wir für

die wichtigsten und notwendigsten gehalten haben, ihrer Annahme gang besonders ans Herz zu legen. Es hat alles nichts genutzt. Sie haben sich lediglich dazu aufschwingen können, im Sozialen Ausschuss — leider wird das auch hier in Erscheinung treten — den Punkt 1 in veränderter Form des Antrages zur Annahme zu bringen. Ich kann die Hoffnung nicht aufgeben, daß wir in dieser Beziehung doch noch einen Schritt weiter kommen werden. Sollte ich mich in dieser Frage täuschen, so wird dieses keine mehr behauern wie ich. Die Sätze des Antrages sind so minimalistisch, daß sie ohne weiteres auf der ganzen Linie hätten bewilligt werden können. Ich verweise auf Großstädte in Deutschland, in Ost- und Norddeutschland, die wiederholt solche Beihilfen gewährt haben, ohne daß der Bestand dieser Gemeinden davon dem Untergange geweiht gewesen ist. In Danzig ist in dieser Beziehung nichts geschehen, da angeblich kein Geld vorhanden ist.

#### Der Hunger der Kinder.

Wir haben versucht, die Sicherstellung der Ernährung der Kinder der Arbeitslosen durch Befreiung von Milch bis zum 6. Lebensjahre zu erzielen. Es ist leider so, daß Tausende von Kindern kein warmes Mittagbrot bekommen, daß sie kein Frühstück bekommen und daß sie mit hungrigen Mägen in die Schule gehen müssen. Wo es sich darum handelt, die Jugend, die Nachkommenschaft unseres Volkes sicherzustellen, sie entwicklungsfähiger zu gestalten, müssen die Ausgaben des Staates vor seiner Summe Galt stehen. Es ist die höchste Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß ein gesundes Geschlecht für die Zukunft heranwächst. Wenn wir stillschweigend zusehen, wie die Jugend verhungert, dann machen wir uns einer schweren Sünde an der heranwachsenden Jugend schuldig und laden eine schwere Schuld auf uns. Es ist abgelehnt worden, die Sperlung der Kinder auf Kosten des Staates vorzunehmen. Es ist abgelehnt worden, daß dieselbe mit der Quälerei verbunden werden sollte. Es ist abgelehnt worden, den Kindern unter 6 Jahren der Arbeitslosen die Milchmahlung zuzuführen. Bei einigermaßen gutem Willen und der Erkenntnis dessen, was auf dem Spiele steht, und bei der Bewußtheit, daß wir in einem Milchreichtum im Reichstaat Danzig hineinwachsen, da müßte es meines Erachtens nach möglich sein, wenn ein guter Wille vorhanden wäre, die Milchversorgung dieser Kinder bis zum 6. Lebensjahre sicherzustellen. Das soziale Herz, das soziale Verständnis ist auch hier nicht vorhanden gewesen.

Ein großer Teil von Ihnen ist auch gar nicht darüber informiert, wie es mit der Bekleidung der arbeitslosen Arbeiterkinder in Danzig aussieht. Die Arbeitslosen laufen in Lumpen herum. Das größte Elend zeigt sich nicht auf der Straße, sondern erst, wenn man in die Wohnungen der Arbeitslosen hineinkommt. Es wäre menschlich, wenn ein großer Teil von Ihnen sich einmal studienhalber der Arbeit unterziehen möchte, diese Peshöhlen in Danzig aufzusuchen, wo das Elend wohnt, wo keine Luft und kein Sonnenschein hineinkommt, wo die Menschen in Lumpen begehren. Da würde sich mancher von Ihnen belehren und mehr soziales Verständnis zeigen. Es wird so oft gesagt, wir sollen uns näher kommen. Zeigen Sie doch, daß es mit diesem Naherkommen ernst gemeint ist! Wenn Sie von der Not und dem Elend des Volkes etwas wissen, wird manches anders werden.

#### Arbeitsmöglichkeit und nicht Unterstüßungen.

Die Absicht dieses Antrages ist im Grunde genommen die, daß der Senat gezwungen werden soll, Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. In dieser Beziehung geschieht nichts bei uns im Staate. Dem Arbeitslosenproblem und der steigenden Not wird nicht die genügende Beachtung geschenkt. Wir haben das Elektrizitätsgesetz verabschiedet. Damit verspricht die Regierung, daß mit Eintritt des Frühjahr's Tausende von Arbeitern bei produktiven Arbeiten Beschäftigung finden sollten. Wir haben die Arbeitslosen auf das Verschwinden der maßgebenden Kreise hingewiesen, daß es zum Frühjahr möglich sein wird, tausende viel Menschen in produktiver Arbeit unterzubringen. Aber wo ist das alles geblieben? Wenn unsere Regierung glaubt, in dieser Weise weiter zu verfahren, Versprechen zu machen, und die angenommenen Gesetzesvorlagen

Mudert auch ihre „spitze Red“ gefallen lassen müssen, dem war nicht abzuheilen, aber rechtchaffen freuten tat es sie nur, der hochmütigen Dirm ein angehängt zu haben.

An ganz Zwischenbühel mündert man sich darüber, wie der Herrgottsmacher mit der Zinkhofer Helene so geschwind wieder überreicht hat werden können und besonders Aufsehen machte es, daß es den zwei Leuten mit dem Hochzeitsmagen so unmenslich eil.“ Auch im Pfarrhose kam die Rede darauf.

Die Zwischenbüheler Kirche war gar kein geraten, man hatte sie, seitab der Straße, auf den Hügel hingebaut und eine ziemlich Anzahl niedriger, breiter Stufen, für altersmüde Beine vorgelesen, führte zu ihr hinan, und eine eiserne, längs der Wand festgenietete Stange leitete die zitternden Hände.

Rechter Hand umfriedete eine verfallene Bruchsteinmauer ein kleines Grundstück, durch die schwarzangefrachten Ratten des Lores sah man tiefgrünen, hügeligen Rasen, auf dem die da ein Kreuz ragte. Die Torflügel standen halb zugelehnt und zwischen den Gräbern graste eine braungefleckte Kuh. Sie beschauelte eben ein ganz verwirrtes Gleichbild, das einst jeden, der sich aufs Lesen verstand, davon benachrichtigte, daß hier die Margarete Zauner, genannt „Schludausgreiß“, Ruhm und dem Hochleitnerbauer, beerdigt liegt. Die kannte vielleicht bei Begegnen die Braungefleckte noch als Kalb.

Linker Hand lehnte sich der Pfarrhof an das Kirchlein, klein und unscheinlich wie dieses; zwei Fenster im Erdgeschoß und zwei im Stöckwerk und an Stelle des dritten, über dem Tore, eine Nische, in welcher ein Heiliger stand, von dem unter den ältesten Leuten im Dorfe die Sage ging, es wäre der heilige Pamphilus gewesen, denn demalen war das Steinbild durch langjährige Unbilden des Wetters so arg mitgenommen, daß davon nicht mehr übriggeblieben. Als eine höchst fragwürdige Verallgemeinerung menschlicher Gestalt.

Ein kleiner Hofraum, in welchem der Stall für die Braungefleckte stand, und ein schattiges Gärtchen stießen rückwärts an das Haus, dessen niedere Gemächer, man konnte in jedem mit ausgereckter Hand an die Decke reichen, drei Personen bewohnten. Die Stube unten, gleich neben dem Tore, war als Pfarrknecht eingerichtet und die anschließende Kammer mit den Fenstern nach dem Hofe, hatte ein junger Hilfsgeistlicher inne; im Stöckwerk waren die Wohnräume getrennt und mündeten, Türe an Türe nach dem Gange, da hauste der Herr Pfarrer in der Stube und die Pfarrschänke in der Kammer nebenan.

(Fortsetzung folgt.)

Diese war mit der Schürze vor den Augen aufgestanden.

„Ephert eilte hinzu. „Das laßt der Mudert niemals geschehen.“

Die alte Frau ließ das Wortuch sinken. „In derleichen Wirklichkeit, was dann anhebt, kann ich nit bleiben und mag auch nit!“

Sie streckte die Hand zum Tischlede hin. „Nun mach ich euch weiter keine Ungelegenheit, behält dich Gott, Wagnerin.“

„Behält dich Gott, Alcebindein!“ Ephert, begleit sie heim, die Alcebindein! Jelles, Jelles, hat mer oft im Alter ein Kreuz, moran mer jung gar nit denkt.“ Ueber diesen unzeitigen Erfahrungssatz versetzt die alte Wagner, während sie den Tadeln gehenden nachsah, in ein chronisches Kopfschütteln.

Ephert schritt neben der Mutter des Goldschmieds einher und da diese unterwegs nicht zum Sprechen aufgelegt schien, so beschränkte sich die Tirm darauf, von Zeit zu Zeit zu versichern, all das jüngst Geschehene wäre „schon aus der Weile — ja völlig aus der Weile“ ist es sein.

Als beide die Gasse erreichten, fand gerade in dem Rahmen eines offenkundigen Fensters ein schäferndes Gedalge zwischen Helene und Mudert statt. Die Dirm drohte dem Burtschen, sie werde ihn beim „Schäppel“ nehmen und er vermäh sich „bei seiner Zeit“, wenn er sie bei den Händen zu lassen kriege, ihr alle Finger auszubrehen oder den Leinen abzubeihen! Schau, das hätte sie ihm gar nie angetraut, daß er vermöcht so — zärtlich zu tun!

Als Mudert der Gerankommenden ansichtig wurde, rief er: „Grüß Gott, Mutter! Guten Abend, Ephert!“

„Ne.“ sagte die Helene. „Ephert, was machst denn du da?“

Was sie da machte? Sie, die da unterum Dach schwere Zeiten hat tragen helfen? Und daß fragt die, welche dieselben herbeigeführt hat und ihr jetzt bei gutem Wetter wieder brei die Tür verstellt? „Wie das hochmütig und höhnisch war! — Dafür nahm es die eifersüchtige Tirm und ihrem Empfinden nach hatte sie recht. Helene aber dachte nicht, daß so ein unbeholfenes, unklüdes Ding sich einbilde, man könne ihm ernstlich übel wollen, oder überhaupt gegen es hochmütig sein. Sie hatte, ohne eine Antwort abzuwarten, die Rederei mit dem Burtschen wieder angehoben.

Ephert kamnte den einen Arm in die Seite und schüttelte den andern gegen das Paar. „Gefierst (hörtst) nur mit gar so viel,“ rief sie sichernd, „sonst hab ichs mit den Bauern zu tun, da brauchen dich schon Vetter und wann Raikeln (Käber) rausen, kommt bald ein Regen!“ Damit ließ sie fort und oft schlug sie mit der geballten Rechten in die flache linke Hand und lachte: „Ehm! hab ich ichs gegeben! Ah, ich laße mich nit leugnen (ver-spotten)! Todmal hab ich ichs gehörig gegeben!“ Zwar hat sich der



# Der Volkstag zur Milderung des Arbeitslosen-Elends.

Weitern kam der Volkstag zur Beratung der Entwürfe auf Vermittlung einer einmütigen Beihilfe an die Erwerbslosen. Wir haben über den Verlauf der Verhandlungen bereits ausführlich berichtet. Von der ersten wurde nun gekürt die Wiederherstellung der ursprünglichen Fassung der Entwürfe, also die Vermittlung der höheren Zusammenfassungen, wie die Schulweisung für die Kinder der Arbeitslosen und die Fortsetzung der Arbeitslosen mit billigen Bekleidungsgegenständen und Mänteln. Ueber die Verhandlungen, in denen sich die bürgerlichen Parteien gegen diese weitergehenden Entwürfe ausgesprochen, haben wir im Vorblatt berichtet. Nachstehend die Fortsetzung der Verhandlungen.

## Gesamte Verhandlung:

Es ist zu bedauern, daß so viele Abgeordnete nicht im Saale und damit befanden, daß sie an der Schilderung der sozialen Not kein Interesse haben. Gegenüber den Ausführungen Senators Schwarz ebenfalls einige Zahlen. Im Januar 1920 waren insgesamt 8280 Arbeitslose vorhanden. Davon wurden unterstützt 6828, keine Unterstützung erhielten 1452. Im Juni 1920 waren 9246 Arbeitslose, 8050 unterstützt, 1196 nichtunterstützt. Dann wurden die Einkommensbegrenzungen erlassen, so daß im Juli 1920 von 8822 Arbeitslosen nur noch 2692 unterstützt wurden und 6130 keine Unterstützung erhielten. (Hört, hört!) Im Dezember wurden von 5588 Arbeitslosen nur 242, also monatliche und weiblische zusammen, unterstützt. Diese Zahlen sprechen eine besondere Sprache. Wenn nicht alles getan wird, um die Misere zu lösen, können wir erleben, daß die Existenz des Freilanders eines Tages in Frage gestellt ist. Die Regierung ist verpflichtet, die Frage zu lösen. Wenn sie das nicht kann, beweist sie, daß sie das wirtschaftliche Leben des Freilanders zu lösen nicht imstande ist.

## Die Aufbringung der notwendigen Mittel.

Die einmalige Vermögensabgabe und die Erbschaftsteuer der Steuerpflichtigen kann uns die notwendigen Mittel bringen. Auch die Unternehmer haben das Wirtschaftswesen. Die deutsche Regierung hat bekanntlich 8 Milliarden zur Aufbringung von Eisenbahnmateriale bewilligt. Die Danziger Betriebsräte haben sich nun um diese Aufträge für die Danziger Betriebe bemüht. Als dann ein Beauftragter der deutschen Gewerkschaften im Auftrag der nachgehenden Stellen nach Danzig kam, um sich nach der Leistungsfähigkeit und den Herstellungsmöglichkeiten der hiesigen Betriebe zu erkundigen, wurde dem Herrn jede Einsicht in die Betriebe, mit Ausnahme der Staatsbetriebe, verweigert. Fremde hätten in Danzig nichts zu suchen, wurde ihm gesagt. (Hört, hört!) So sabotieren die Danziger Unternehmer die Arbeitsbeschaffung. Bereits im September 1918 haben die Danziger Gewerkschaften die Forderung auf

## Einführung der Arbeitslosen-Versicherung

gestellt. Jedoch wurde das Arbeitslosenproblem von den Behörden erst ausgetastet, als der Zusammenbruch da war. Es ist eine gesellschaftliche Pflicht, die schuldlos in Not Geratenen zu unterstützen. Die Arbeitslosigkeit ist eine üble aber natürliche Erscheinung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Der jetzige Zustand, daß ein einzelner hunderte und tausende für sich arbeiten läßt, den Mehrwert in seine Tasche steckt und die Arbeitenden mit einem Mindestlohn abfindet, muß beseitigt werden. Wenn die gesellschaftliche Produktionsweise eingeführt ist, hört auch dieser Zustand und die Arbeitslosigkeit auf. Als dann muß praktisch gearbeitet werden. Durch Einführung einer Arbeitslosenversicherung können der Staat, die Unternehmer und die Versicherten das Wesen der Arbeitslosigkeit erheblich mildern.

Von einer Unterbrechung der polnischen Arbeiter durch freigeordnete Gewerkschaftler kann keine Rede sein. Diese können keine nationalen Unterschiede, sondern sind international.

Sorgen Sie sich um die Milderung der Not der Erwerbslosen. Schaffen Sie Arbeit. Wo ein Wille, ist auch ein Weg. In den für Milderung der Arbeitslosigkeit ausgegebenen Summen wird der Freistaat nicht zugrunde gehen. Stimmen Sie daher den Vorschlägen der Väter zu. (Bravo! links.)

Hg. Gaisowksi (Z.) versucht mit pastor al gefärbter Pathetik, der Revolution die Schuld an dem jetzigen Elend zuzuschreiben und verzichtet damit darauf, ernst genommen zu werden.

## Die Danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen.

Hg. Kahn (Kom.) weist den Senatoren vor, daß sie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Danzig und Polen im Sinne ihrer wirtschaftlichen Vorteile führen. Er verweist auf die Berichte aus polnischen Quellen.

Senator Jelowicki befragt die Ausführungen Kahn als unwahr.

Hg. Augner (Folk.) weist der Regierung vor, daß ihr der gute Wille zur Milderung der Arbeitslosigkeit fehle. Er verweist auf den günstigen Geschäftszustand der Firma Pieler u. Hartmann. Es gäbe noch mehrere davoriger Steuerquellen. Der Senat wolle

Auskunft geben, ob er dem Volkstag über den Verlauf der Danzig-polnischen Verhandlungen die Wahrheit gesagt habe.

Nach weiteren Ausführungen schließt die Debatte. Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Senator Gaisowksi weist die polnischen Behauptungen, daß polnische Arbeiter bedrückt würden, als vollkommen haltlos zurück. Die christlichen Gewerkschaften, über die Gaisowksi ein Loblied angestimmt hat, sind eine Fremdgeburst des Zentrums zur Verhinderung des Kampfes der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft.

## Die Abstimmungen

wurden namentlich vorgenommen. Abgelehnt wurden mit 48 gegen 34 Stimmen der Väter die ursprünglichen Forderungen, daß allen Arbeitslosen eine einmalige geldliche Zuwendung zu gewähren ist. a) bei einer Arbeitslosigkeit von 6 Wochen 150 Mk., b) von einem Vierteljahr 300 Mk., c) bei einem halben Jahr 400 Mk., d) bei einem Dreivierteljahr und länger 500 Mk. Für Frauen und erwachsene Angehörige, zu deren Unterstützung der Arbeitslose verpflichtet ist, ist zu den Sätzen unter a-d ein Zuschlag zu zahlen, der die Hälfte dieser Höhe beträgt. Für Kinder unter 18 Jahren ist zu den Sätzen unter a-d ein Zuschlag zu zahlen, der ein Viertel dieser Höhe beträgt.

Die weitere Abstimmung ergab Reichslandeszugehörigkeit, so daß die Bestimmungen nach 6 ständiger Dauer der Sitzung um 9 Uhr auf heute, Freitag, nachmittags 2½ Uhr vertagt wurden.

# Danziger Nachrichten.

Zum Streit in der Binnenschifffahrt wird uns vom Deutschen Transportarbeiterverband geschrieben:

„Gelegentlich der letzten Stadtverordnetenversammlung hat der deutschnationale Stadtverordnete Scheller geglaubt, den Magistrat auf den bereits mehr wie sechs Wochen dauernden Streit in der Binnenschifffahrt aufmerksam machen zu müssen. Wir wollen keineswegs diesem Herrn das Recht streitig machen, den Magistrat aus seinem Traum aufzuwecken, müssen jedoch energisch dagegen protestieren, daß dieser „deutschnationale Herr“ die Gelegenheit dazu benutzt, den Schiffsmannschaften bezüglich ihrer horrenden Forderungen eins auszuwaschen. Wenn man dem Versammlungsbericht der „Neuesten Nachrichten“ folgt, so hat der Stadtverordnete Scheller die Behauptung aufgestellt, daß ein Schiffsjahre unter 14 Jahren einen Monatslohn von 1200 Mark und ein Schiffsführer einen solchen von 2000 Mk. verlangen. Wir stellen fest, daß diese Behauptung wider besseren Wissens aufgestellt ist und daß es diesem Herrn lediglich darauf ankommt, die Schiffsmannschaften in der breiten Öffentlichkeit zu verleumdern. Im diesem Herrn für die Zukunft zu seinen Neben das notwendige Material zu liefern, teilen wir der Öffentlichkeit mit, daß Schiffsjahre unter 14 Jahren in der Binnenschifffahrt überhaupt nicht beschäftigt werden und daß auch die neuen Forderungen der Schiffsjahre unter 16 Jahren nur 140 Mk. pro Woche und die Forderungen der Maschinenisten und Schiffsführer 300 Mk. pro Woche betragen. Die anderen Mannschaften verlangen von dem letzteren Lohnsatz abgestufte Wochenlöhne. Ferner möchten wir der Öffentlichkeit nicht verschweigen, daß die Normalarbeitszeit in der Binnenschifffahrt bisher 12 Stunden pro Tag betragen hat und daß in vielen Fällen eine 17- bis 18 stündige Arbeitszeit die Regel war. Wenn die Binnenschifffahrt für die Befriedigung derartiger menschenunwürdiger Ansprüche kämpfen, wird jeder sozial denkende Mensch diesen Kampf als berechtigt anerkennen müssen, wobei wir natürlich in Rechnung stellen, daß die Deutschnationalen für solche berechtigten Forderungen kein Verständnis haben.“

## Die Kunst dem Volk — gegen Eintrittsgeld!

Die neue Leitung des Danziger Stadtmuseums hat sich be- wegen gefühlt, den Mittwoch-Abend, den einzigen Werktag, an dem der mittlere Kunstfreund sich die hiesige Gemäldesammlung im Franziskanerkloster ansehen konnte, zu sperren. Die Frage, ob die derzeitigen Stellen damals zu solcher Eigenmächtigkeit berechtigt waren, soll hier einhellen noch nicht berührt werden, oder es ist wie ein Sohn, daß der Danziger, der die Mittel zum Ankauf der Kunstwerke bewilligt, nun nicht einmal in der Lage sein soll, sich über den jenseitigen Stand der Sammlung kostenlos zu informieren. Wir erwarten, daß die Bestimmung, die auch an dem bisher einzig freien Mittwoch vom Besucher 2 Mark Eintrittsgeld verlangt, umgehend aufgehoben wird, ehe der Angelegenheit näher auf den Grund gegangen wird und die große Zustimmung unter

den mittellosen Kunstfreunden unserer Stadt den Vorstoß in der Reich allgemeinen öffentlichen Erörterungen nicht, die für die Urheber der Sperre in jedem Falle nur peinlich werden muß.

Endlich Butter! Wie der Magistrat bekanntgibt, werden in nächster Woche 62,5 Gramm Butter auf Marke 6 der Speisekarte für die Geschäfte der Verteilungsstelle Danzig in der Innenstadt ausgegeben. Die anderen Stadtteile werden später beliefert. Runkhönig ist jetzt marktfrei zu haben.

Veränderungen im Zugverkehr nach Rappol. An Stelle des bisherigen Abendsuges von Danzig nach Rappol um 6.30 nachm. gehen von heute, 15. April, zwei Züge, der erste um 6.05 nachm., der zweite um 6.40 nachm. Entfallend erfolgt eine Zugvermehrung in umgekehrter Richtung: Zwei des Zuges 7.00 nachm. von Rappol, laufen von heute ab zwei Züge, der erste um 6.25 nachm., der zweite um 7.10 nachmittags.

Der lustige Otto Rappol-Abend wird am Sonnabend, den 16. April, abends 7.30 Uhr, im großen Saale des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses eine einmalige Wiederholung finden. Der Saal ist nummeriert. Die Veranstaltung findet zu einfachen Preisen statt und zwar Mk. 2.— und Mk. 3.— zuzüglich Steuer. Der Andrang nach Karten ist bereits jetzt ein großer. Karten sind im Deumhaus, Songasse, täglich von 10 bis 6 Uhr zu haben.

Ein Frühlingsfest veranstaltet morgen Sonnabend die Freie Turnerschaft, Dargy, im Lokale Terra, Rugarten. Ein reichhaltiges turnerisches Programm mit neuen Darbietungen ist vorbereitet. Näheres siehe Anzeige.

Wucherausschuss. In der gestrigen Sitzung des Wucherausschusses teilte der Vorsitzende Professor Schmarzmann mit, daß bei der Polizei eine Wucherabteilung besteht, mit der man zusammen arbeiten solle. Die Beauftragten der Preisprüfungsstelle sollten in Zukunft ihre Eingaben an die Wucherabteilung abgeben. Dadurch werde die Preisprüfungsstelle entlastet. Die Sitzungen des Wucherausschusses werden auch ferner nach Bedarf stattfinden. Der Leiter der Wucherabteilung, Kriminalkommissar Spitzmuller, wird zu den Sitzungen des Wucherausschusses eingeladen. Für das Zusammenarbeiten wurden aus der Versammlung Anregungen gegeben. Es wurde auf die großen Kosten der Polizei hingewiesen, die durch ehrenamtliche Mitwirkung von Bürgern gemindert werden könnte. Solch eine Mitwirkung findet hier statt. An Kosten kämen allenfalls die Ausgaben in Betracht. Dann wurde über eine Verringerung der öffentlichen Bewirtschaftung der Milch und Molkereierzeugnisse besprochen. Es wurde angeregt, durch das Ernährungsamt eine Sitzung der Vertreter der Verbraucherkammer, der Kleinhandlärer und der Erzeuger einzuberufen, in der eine Einigung herbeigeführt werden soll. Weiter wurde mitgeteilt, daß für Schinken Preise von 28 und 30 Mk. das Pfund genommen werden. Es darf aber nur Schweinefleisch verkauft werden, zum Preise von 13 Mark. Das Räuchern von Schinken und Speck ist nicht gestattet oder darf wenigstens bei der Preisbemessung nicht in Betracht gezogen werden. Schließlich wurde angeregt, für Gemüse rechtlich Höchstpreise festzusetzen.

Polizeibericht vom 15. April 1921. Festgenommen: 27 Personen, darunter 6 wegen Diebstahls, 1 wegen Betruges, 1 wegen Beschädigung, 1 zur Festnahme aufgegeben, 1 wegen Körperverletzung, 17 in Polizeihaft.

## S. P. D. Parteinehrheiten.

Zappot. Der Sozialdemokratische Verein hält am Sonnabend, den 16. d. Mts., abends 7 Uhr bei Bantelow, Wilhelmstraße, eine Monatsversammlung ab. Vollständiges Erscheinen ist erforderlich.

## Standesamt vom 14. und 15. April 1921.

Todesfälle: Invalide Robert Michelsen, 97 J. 3 M. — Witwe Cäcilie Herrling geb. Krause, 87 J. 9 M. — Witwe Anna Probst geb. Kuchinski, 86 J. 8 M. — Kriegsinvalid Otto Treppner, 76 J. 6 M. — Photographin Selma Invalide, 28 J. 3 M. — Invalide Oskar Walter, 62 J. 11 M. — Sohn des Arbeiters Johann Böttcher, 6 J. 8 M. — Frau Maria Maszalski geb. Lubomski, 25 J. 5 M. — Witwe Auguste Kowalska geb. Eltermann, 58 J. 5 M. — Fleischermeister Karl Sumann, 70 J. 8 M. — Unschel. 1 J. — Witwe Hilse Schimmelfennig geb. Kapteller, 85 J. 3 M. — Witwe Angelika Dombrowski geb. Figurski, fast 82 J. — Invalide Franz Witte, 72 J. 3 M. — Sohn des Feuerwehmanns Gustav Klingenberg, 14 J. 7 M. — Witwe Regine Wiedemann geb. Hube, 85 J.

# Kunst und Wissen.

## Zoppoter Stadttheater.

Thesen: „Die Wildente“. (Hartau a. G.)

Das Zoppoter Stadttheater kam dem Urgefühle dieses glänzend gerichteten Theaters insofern manchmal nahe, als man es als beladene Tragikomödie spielte. Die Tragödie aber kam zu kurz. So blieb eine Forderung, die da empfand, wurde, wo Jhens Stimme Grimm und Ekel ist. So war und wurde von Akt zu Akt mehr und mehr ein recht satelliges Geistesbild, wuchsen sich diese Menschen mit ihren Gebrechen zu possierlichen, hochgradig belustigenden Enten aus, die sich mit den mannigfachen Eigenschaften dieser intelligenten Tiere auf einem Dorfweier tummeln, bis sie eines Tages durch der Hand der Köchin in des Pfarrers feinstem Bauch verschwinden. Von den Wildenten, die angelassen, auf der Tiefe des Sees in Schling und Schlamm verblühen, einen großen Tod sterben, brachte nur der Gast einen Ver. Und so ging auch das Unbehagliche, herrlich Dämmerige dieser Dichtung verloren, das uns denken soll und erregen zugleich. An dessen Stelle trat eine amüsiertlich — trockene Spiegerschmückung, die von der Szene herwehte wie frischer Geruch von Stadtbier und Wiener Würstchen. Aber erst, wo das ganze feilsche Elend sich als tiefenhafter Schatten hinter der bitteren Komik aufreißt, wird der Jhens der „Wildente“ erkennbar. Hätte Max Rasching als Spielordner die Farben klarer nuanciert — vielleicht wäre dann eine ausgezeichnete und stilvolle Aufführung herausgekommen.

Ludwig Hartau's Hjalmar war köstlich und keine Spur von „Spiel“. Der eitle, höfliche Burke, der sich in seiner Behaglichkeit lange sanft wohl fühlt. Mit dem Spitzbart des „Hjalmar“ und den gekrümmten, zu engen Frack auf großer Höhe und Weste und gelben Handschuhen. Wenn er sich auswascht wird, schmeckt keine Schiene von verfallenen

Meinen“ wie es in den 1 Mk.-Romanen heißt. Aber doch von der Art, daß die Dummheit um ihn her in ihn hallt ver- liebt sind. (Am übrigen gab Hartau schon Stärkeres als diesen hallischen Singsang.)

Während daneben Willy Döll innerlich und äußerlich seiner Aufgabe hilflos gegenüberstand und statt des Hellschäfers irgend einen redenden Theoretiker brachte, ver- suchte Willy Döll wenigstens die Enge ihrer Herkunft und das blindverblöhte Maximum der Gine zu zeigen. Hierin ging sie allerdings bis an die Grenze eines Rückenmädchens. (Das sie im Hause der alten Werke gar nicht einmal war). Wie anders Jhens diese Frau wollte, geht aus der ersten Fassung der „Wildente“ hervor, in der Gine dem von einer Erfindung fahelnden Hjalmar recht kräftig entgegensteht. Sie glaube nicht an solche leeren Redereien und er solle lieber arbeiten. Einige Typen verdienen genannt zu sein: der alte Ekel (Rich. Goltz), der alte Werke (Max Rasching), der Neuling (Sugo Stern) und der Kammerherr (Georg Feilmanns). Andere waren schlimm wie der Epikologe (Karl Balentin), die Frau Sörby (Emilie Ernst) und der Peterken (Hartau Bender), der sogar berüchtigt

Willy Döll Omankowski.

## Arbeiterchaft und Zukunftsbühne.

Wenn auch die nachstehend gemachten Ausführungen nicht in jeder Hinsicht mit unserer Meinung übereinstimmen, so haben wir ihre Veröffentlichung dennoch für wertvoll. Die Volksbühnenbewegung hat sich in fast allen deutschen Großstädten Bahn gebrochen und dürfte es auch für die Danziger Arbeiterschaft an der Zeit sein, sich mehr denn bisher nach der einen oder anderen Richtung mit irgendeiner Lösung des Theaterproblems im nachstehend angedeuteten Sinne zu beschäftigen.

Die Revolution, die an seiner Erscheinung spurlos vorübergegangen ist, hat auch die Bühne in ihren Prozeß mit einbezogen, und wenn sich die Szenen davon heute noch nicht deutlich genug zeigen, so ist dies daraus zu erklären, daß die Bühne nur einer

organischen revolutionären Entwicklungsprozeß vertritt. Dennoch steht die große Mehrheit der Arbeiterschaft den Dingen der Kunst heute schon mit einem ganz anderen Interesse und Verständnis gegenüber, als vor ein paar Jahren; nur die Bühne gilt auch jetzt noch als eine Institution, die in die Herzen der arbeitenden Massen des Volkes sich noch nicht völligen Eingang zu schaffen vermochte.

Die Volksbühnenbewegung in Deutschland hat an Umfang gewaltig zugenommen. Wir haben immer eigene Einrichtungen der Arbeiterschaft bekommen, in denen sie literarischen Schöpfungen auf der Bühne leben belebt, wir haben zahlreiche Bildungsausschüsse mit dem Zentralbildungsausschuß an der Spitze und wir haben endlich den — besonders von kommunistischer Seite propagierten „Proletkult“, der sich eig an russische Vorbilder anlehnt. Was uns fehlt, ist die einheitliche Erfassung aller Bühnensangelegenheiten durch Berg und Flur der Arbeiterschaft. Diese zu erreichen, muß die Aufgabe der nächsten Zeit sein. Mehr und mehr muß die Arbeiterschaft zur tätigen Mitwirkung herangezogen werden; sie darf nicht den Eindruck gewinnen, als bestimme man für sie „von oben her“ irgendwelche Stücke, die sie lediglich dankbar entgegennehmen, bei denen sie im übrigen aber nichts mitzubedenken habe. Es muß vielmehr in Zukunft mehr als bisher darauf gesehen werden, daß die Arbeiterschaft selbst vom Objekt der Kunstbildung zum Subjekt werde.

Run ist die Kunst ein besonders heißes Ding. Man mag ein noch so begeisterter Anhänger des Betriebsruhezustandes sein und mag noch so entschieden die Mitwirkung der Betriebsräte bei allen wirtschaftlichen Angelegenheiten fordern; man wird sich jedoch der Einsicht nicht verschließen können, daß in Fragen der Kunst eine Einheitlichkeit herrschen muß, die durch eine vielfältige Organisation nur gefördert wird.

Der wesentliche Gesichtspunkt, der unter allen Umständen beachtet werden muß, ist der, daß die Mitwirkung der Arbeiterschaft in Bühnenfragen zu einer qualitativen Steigerung der Kunstbeiträge führt. Durch eine geeignete Mitwirkung, bei der das Ausfinden der Arbeiterschaft in der Liebe zum Volkstheater seine vollste Befriedigung findet, soll Großes geschaffen werden.

